



HESSISCHER LANDTAG

28. 04. 2015

Plenum

Dringlicher Entschließungsantrag

**der Abg. Merz, Decker, Di Benedetto, Gnadt, Roth, Dr. Sommer,
Dr. Spies (SPD) und Fraktion**

**betreffend Ergebnisse des EU-Sondergipfels sind angesichts der Flüchtlingstragödie
im Mittelmeer kläglich**

Nach dem jüngsten Bootsunglück auf dem Mittelmeer, bei dem vermutlich mehr als 800 Menschen ertrunken sind, hat ein Sondergipfel der EU-Staats- und -Regierungschefs am 23. April 2015 über die Flüchtlingspolitik der EU beraten.

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag erklärt seine Trauer angesichts der neuerlichen Schiffskatastrophen im Mittelmeer, denen Tausende von Flüchtlingen zum Opfer gefallen sind. Er erklärt sein Entsetzen darüber, dass die Politik der EU und ihrer Mitgliedstaaten diese Katastrophen nicht durch rechtzeitiges, entschlossenes und wirksames Handeln verhindert hat, obwohl diese Katastrophen absehbar waren.
2. Der Landtag stellt fest, dass die Beschlüsse des EU-Sondergipfels zur Flüchtlingspolitik erneut weit hinter den Erfordernissen zurückbleiben, die sich aus dem Gebot der unmittelbaren Rettung von Tausenden von Menschenleben ergeben. Eine Verdreifachung der Mittel auf jetzt 9 Mio. € monatlich für die Seenotrettung ist nicht ausreichend. Nötig wäre darüber hinaus vor allen Dingen eine Ausweitung der Gebiete, in denen Seenotrettung stattfindet, damit mehr Menschen vor dem Ertrinken bewahrt werden. Erfolgt dies nicht, machen sich die EU und ihre Mitgliedstaaten politisch und moralisch der unterlassenen Hilfeleistung schuldig.
3. Der Landtag stellt fest, dass die Bekämpfung des Schlepperunwesens und der damit einhergehenden Gefährdung Tausender von Menschenleben nur dann denkbar ist, wenn für die Zuflucht suchenden Menschen ein legaler Fluchtweg nach Europa geschaffen wird. Eine Bekämpfung von Schleppern allein mit militärischen oder polizeilichen Mitteln ist nicht praktikabel und daher unwirksam.
4. Der Landtag bedauert zutiefst, dass es nicht gelungen ist, eine einheitliche Linie der EU und Solidarität zwischen den EU-Staaten in Bezug auf die Aufnahme von Flüchtlingen herzustellen. Nach wie vor gibt es keinen gerechten Verteilungsschlüssel, der sich an Bevölkerungszahl und Wirtschaftskraft orientiert. Viele EU-Länder verweigern sich der Aufnahme von Flüchtlingen komplett. Dieses Verhalten ist unwürdig, inhuman und belastet einseitig die Aufnahmeländer. Der Landtag begrüßt es deshalb, wenn die Bundesregierung weiterhin für eine Quotenregelung zur Aufnahme von Flüchtlingen streitet.
5. Der Landtag ist der Auffassung, dass das sogenannte Dublin-Verfahren gescheitert ist. Der größte Teil der Flüchtlinge kommt über die Mittelmeerländer nach Europa und wird dort nur unzureichend registriert. Das Dublin-Verfahren einzuhalten und diese Länder mit den Flüchtlingen alleine zu lassen, wäre mehr als ungerecht im Hinblick auf die dort vorhandenen finanziellen Probleme. Daher unterstützt der Landtag die Anstrengungen der Bundesregierung, sich für eine einheitliche Linie für die Aufnahme und Verteilung von Flüchtlingen in Europa einzusetzen.

Begründung:

Erfolgt mündlich

Wiesbaden, 28. April 2015

Der Fraktionsvorsitzende:
Schäfer-Gümbel

Merz
Di Benedetto
Roth
Dr. Spies
Decker
Gnadt
Dr. Sommer